

Handels- und Gesellschafts- recht

in 100 Leitentscheidungen

Herausgegeben von
Jan Lieder und
Martin Bialluch



MOHR SIEBECK

Lieder/Bialluch

Das Handels- und Gesellschaftsrecht
in 100 Leitentscheidungen



Handels- und Gesellschaftsrecht in 100 Leitentscheidungen

Höchstrichterliche Judikate
mit Anregungen zur Vertiefung
für Studium und Examen

von

Jan Lieder und Martin Bialluch

Mohr Siebeck

Jan Lieder, ist Professor für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und dort Direktor der Abteilung Wirtschaftsrecht des Instituts für Wirtschaftsrecht, Arbeits- und Sozialrecht sowie im zweiten Hauptamt Richter am Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgericht.

Martin Bialluch, ist Rechtsreferendar am Hanseatischen OLG, Lehrbeauftragter an der Universität Freiburg i. Br. und wissenschaftlicher Assistent am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg.

ISBN 978-3-16-156946-3 / eISBN 978-3-16-156947-0

DOI 10.1628/978-3-16-156947-0

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2022 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen aus der Minion gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nägele in Nehren gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Wie kaum ein anderes Rechtsgebiet lebt das Handels- und Gesellschaftsrecht vom engen Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis. Dabei erweist sich die höchstrichterliche Rechtsprechung vielfach als treibende Kraft der Rechtsfortbildung. Ohne die Kenntnis einer ansehnlichen Zahl von Grundlagenentscheidungen sind die Gesetzestexte zum Handels- und Gesellschaftsrecht zum Teil lückenhaft, zum Teil unverständlich. Man denke etwa an die höchstrichterliche Anerkennung der Rechtsfähigkeit der BGB-Gesellschaft (Entscheidung Nr. 18) oder das gesamte ungeschriebene Gesellschaftskollisionsrecht (Entscheidungen Nr. 97 bis 100). Die in dieser Sammlung abgedruckten 100 höchstrichterlichen Entscheidungen zum Handels- und Gesellschaftsrecht gehören mit anderen Worten zu den Schlüsseltexten unserer Zukunft.

Es mag wie ein Anachronismus erscheinen, in Zeiten der Digitalisierung und der Online-Verfügbarkeit von Rechtstexten aller Couleur eine Entscheidungssammlung in gebundener Form herauszugeben. Das Kalkül hinter dem hier vorgelegten Buch ist allerdings, den Studierenden einen möglichst einfachen Zugang zu den für die Ausbildung und das Examen wichtigsten Entscheidungen zu ermöglichen. Zu diesem Zweck sind die abgedruckten Urteile und Beschlüsse nicht nur redaktionell aufbereitet, sondern auch um weiterführende Fragen und Anregungen zur Vertiefung ergänzt worden. Die Lektüre der Entscheidungen soll die Studierenden dazu anregen, sich im Handels- und Gesellschaftsrecht zu vertiefen. Sie sollen die Entscheidungssammlung neben einem klassischen Lehrbuch als Arbeitsmittel für die einschlägigen Vorlesungen zur Hand haben und den unverzichtbaren Umgang mit Originalentscheidungen einüben. Das wird zum einen dazu beitragen, den in den Vorlesungen vermittelten abstrakten Rechtsstoff anhand lebendiger Fallbeispiele zu festigen. Zum anderen können klassische Entscheidungen, wie zB zur Rosinentheorie bei § 15 HGB (Entscheidung Nr. 4), ebenso Gegenstand von Examens- und Schwerpunktbereichsklausuren sowie mündlichen Examensprüfungen sein wie aktuelle Judikate, die etwa die Rügeobliegenheit nach § 377 HGB (Entscheidung Nr. 14) betreffen.

Die vorliegende Sammlung richtet sich an alle Studierenden des Examensstudiengangs, in besonderem Maße an die Studierenden eines handels-, gesellschafts- oder wirtschaftsrechtlich ausgerichteten Schwerpunktbereichs. Aber auch Studierende im Nebenfach sowie fachfremde und ausländische Studierende in einem Qualifikations- oder Masterstudiengang können von der Lektüre der hier zusammengestellten Entscheidungen profitieren.

Vorwort

Nicht zuletzt aufgrund der Vielgestaltigkeit und Heterogenität der Rechtsquellen des Gesellschaftsrechts ist die schiere Zahl an höchstrichterlichen Entscheidungen schwer zu überblicken. Bei der Auswahl haben wir uns von der Überlegung leiten lassen, die prüfungsrelevanten Teilbereiche des Handels- und Gesellschaftsrechts möglichst durch jeweils eine oder zwei Grundsatzentscheidungen inhaltlich abzudecken. Das betrifft für den Pflichtfachstoff vor allem das Handels- und Personengesellschaftsrecht. Hinzu kommen für den Schwerpunktbereich Judikate aus dem Kapitalgesellschaftsrecht, Konzern- und Umwandlungsrecht, dem Kapitalmarktrecht sowie dem Europäischen Gesellschaftsrecht. Dabei erhielt die aktuellere Entscheidung gegenüber dem berühmten Klassiker nur dann den Vorzug, wenn sie über das originäre Judikat hinausging, eigenständige Akzente setzte oder insgesamt instruktiver war. Vielfach konnten wir weitere Entscheidungen aus dem Umfeld der abgedruckten Richtersprüche im Rahmen der weiterführenden Fragen und Anmerkungen berücksichtigen, so dass die Studierenden noch tiefergehende Kenntnisse zum Kontext der Leitentscheidung gewinnen können.

Um den Lesern einen möglichst unverfälschten Eindruck von der juristischen Lebenswirklichkeit zu vermitteln, sind die Entscheidungen weitgehend unverändert abgedruckt. Kürzungen haben wir nur dort vorgenommen, wo die Lektüre zum Verständnis des Richterspruchs nichts beizutragen vermag. Das betraf zuweilen die Ausführungen des Berufungsgerichts, Hinweise an das Berufungsgericht bei einer Zurückweisung sowie vollkommen unwesentliche Passagen. Sie erkennen solche Aussparungen an offenen Randnummern und kennzeichnenden Platzhaltern („[...]“). Zudem haben wir uns um eine redaktionelle Vereinheitlichung, etwa bei der Nummerierung von Leitsätzen, bemüht, die inhaltlich unverändert abgedruckt sind. Entscheidungen, die vor dem Jahr 2005 ergangen sind, wurden für eine bessere Handhabbarkeit mit Absatznummern versehen.

Die Leser werden am meisten von der vorliegenden Sammlung profitieren, wenn sie sich die zur Lektüre unabdingbare Zeit nehmen und aktiv an den Entscheidungen arbeiten. Das kann in selbstständiger Lernarbeit geschehen oder in einer privaten Arbeitsgemeinschaft zur Vorbereitung auf das Examen. Bei Entscheidungen aus dem Bereich des Handels- und Gesellschaftsrechts besteht die erste Herausforderung nicht selten darin, den komplexen Sachverhalt zutreffend zu erfassen und sich über die Parteien und deren Interessenlage klar zu werden. Dabei kann die Fertigung einer Sachverhalts- und Personenskizze helfen, um sich auf dieser Grundlage die tragenden Urteilsgründe zu erschließen und diese im Idealfall in eine gutachterliche Lösung zu übersetzen.

Kritik und Anregungen sind uns stets willkommen und erreichen uns am besten per E-Mail an jan.lieder@jura.uni-freiburg.de.

Freiburg im Breisgau und Hamburg, Sommer 2022

Jan Lieder
Martin Bialluch

Inhaltsverzeichnis

Handelsrecht

1. BGHZ 45, 282	= WM 1966, 757 – Kaufmannseigenschaft des Kommanditisten	1
2. BGHZ 33, 321	= NJW 1961, 725 – Gewerbebegriff	4
3. BGH	NJW 2011, 3036 – Rechtsanwalts-GmbH & Co. KG	15
4. BGHZ 65, 309	= NJW 1976, 569 – „Rosinentheorie“	24
5. BGHZ 115, 78	= NJW 1991, 2566 – Haftung für geschäftsunfähigen Geschäftsführer	27
6. BGH	NJW 2006, 1001 – Haftung bei Firmenfortführung	31
7. BGH	NJW-RR 2009, 820 – Sukzessive Firmenfortführung	34
8. BGHZ 99, 76	= NJW 1987, 841 – Gemischte Gesamtprokura mit GmbH-Geschäftsführer	38
9. BGH	NJW 1988, 2109 – Stellvertretung durch Ladenangestellte	42
10. BGHZ 217, 374	= NJW 2018, 2197 – Begriff des Handelsgeschäfts . .	48
11. BGHZ 188, 128	= NJW 2011, 1965 – Grundsätze des kaufmännischen Bestätigungsschreibens	53
12. BGHZ 178, 315	= NJW 2009, 438 – Vergleich mit Zedenten	59
13. BGHZ 84, 371	= NJW 1982, 2193 – Forderungen im Kontokorrent .	63
14. BGHZ 217, 72	= NJW 2018, 1957 – Rügeobliegenheit	69
15. BGHZ 104, 123	= NJW 1988, 3203 – Kommissionsgeschäft	79
16. BGHZ 158, 322	= NJW 2004, 2445 – Leichtfertigkeit des Spediteurs .	83

Personengesellschaftsrecht

17. BGHZ 142, 315	= NZG 2000, 30 – GbR mbH	91
18. BGHZ 146, 341	= NJW 2001, 1056 – Weißes Ross: Rechtsfähigkeit einer BGB-Gesellschaft	97
19. BGH	NJW 1974, 1705 – Lottospielgemeinschaft	110
20. BGHZ 165, 1	= NJW 2006, 1268 – Zugewinnausgleich und Ehegatteninnengesellschaft	115
21. BGHZ 51, 198	= JZ 1969, 469 – Entzug der Vertretungsbefugnis . .	122
22. BGH	NZG 2013, 1095 – Markenheftchen II	126
23. BGHZ 154, 370	= NJW 2003, 1803 – Haftung für Altverbindlichkeiten in GbR	130

Inhaltsverzeichnis

24.	BGHZ 183, 1	=	NZG 2009, 1347 – „Sanieren oder Ausscheiden“ . .	136
25.	BGHZ 203, 77	=	NZG 2014, 1296 – Mehrheitsklauseln in Personen- gesellschaften	145
26.	BGHZ 164, 98	=	DZWIR 2006, 63 – Managermodell	159
27.	BGHZ 45, 204	=	NJW 1966, 1309 – Der Rektor-Fall	166
28.	BGHZ 82, 209	=	NJW 1982, 883 – Kommanditistenhaftung I	171
29.	BGH	=	NJW 2017, 3232 – Kommanditistenhaftung II . . .	176
30.	BGHZ 84, 383	=	NJW 1982, 2500 – Gewinnentnahme bei gefälschter Bilanz	181
31.	BGHZ 81, 82	=	JZ 1981, 713 – Abtretung des Kommanditanteils ohne Rechtsnachfolgevermerk	187
32.	BGH	=	NZG 2013, 1334 – Gesellschafteransprüche aus Drittgeschäften	192
33.	BGHZ 210, 363	=	NZG 2016, 1102 – Auskunftsanspruch des Kommanditisten	202
34.	BGH	=	NZG 2018, 220 – actio pro socio	208
35.	BGH	=	NZG 2013, 216 – Geschäftschancenlehre („corporate opportunities doctrine“)	212
36.	BGH	=	NZG 2017, 657 – Schiedsfähigkeit III	221
37.	BGHZ 17, 13	=	NJW 1955, 985 – Haftung des Scheingesellschafters	224
38.	BGH	=	NJW 2012, 3368 – Scheingesellschafter und Scheingesellschaft	189
39.	BGH	=	NZG 2012, 65 – Haftung für eingebrachte Einzel- anwaltskanzlei	234
40.	BGHZ 216, 234	=	NJW 2018, 1873 – Freistellungsanspruch für Treuhandkommanditisten	240
41.	EuGH Slg. 2010, I-2947	=	NJW 2010, 1511 – Fehlerhafte Gesellschaft und Verbraucherschutz	248
42.	BGHZ 199, 104	=	NZG 2013, 1422 - Fehlerhafte mehrgliedrige stille Gesellschaft	255
43.	BGHZ 123, 182	=	NJW 1993, 3193 – Buchwertklauseln	267
44.	BGHZ 55, 267	=	NJW 1971, 1268 – Rechtsnachfolge in der KG und Handelsregister	273
45.	BGHZ 68, 225	=	NJW 1977, 133 – Sondererbfolge der Personen- gesellschafter	279

Inhaltsverzeichnis

Kapitalgesellschaftsrecht: Aktienrecht

46. BGHZ 71, 40	= NJW 1978, 1316 – Kali und Salz.	292
47. BGHZ 213, 224	= BB 2017, 1102 – Sicherheitenbestellung als Einlagen- rückgewähr	306
48. BGHZ 219, 215	= NJW 2018, 2796 - Klage gegen Verwaltungs- beschlüsse und Aktionärsleichbehandlung.	316
49. BGHZ 103, 184	= JZ 1988, 447 – Treuepflicht des Mehrheitsaktionärs (Linotype)	328
50. BGHZ 129, 136	= NJW 1995, 1739 – Treuepflicht des Minderheits- aktionärs (Girmes)	337
51. BGHZ 135, 244	= NJW 1997, 1926 – ARAG/Garmenbeck	365
52. BGH	NZG 2011, 1271 – ISON.	371
53. BVerfGE 50, 290	= NJW 1979, 699 – Mitbestimmung	382
54. BGHZ 159, 30	= NJW 2004, 1860 – Gelatine	409
55. BGHSt 50, 331	= NJW 2006, 522 – Mannesmann	421
56. BGHZ 207, 190	= NJW 2016, 1236 – Herabsetzung von Vorstands- bezügen	429
57. BVerfGE 14, 263	= NJW 1962, 1667 – Feldmühle	441
58. BVerfGE 100, 289	= NZG 1999, 931 – DAT/Altana	451
59. BGH	NJW 2014, 146 – FroSTa	461
60. BGHZ 134, 392	= NJW 1997, 1923 – GmbH & Co. KGaA.	467
61. BGH	NZG 2017, 261 – Vertrauensentzug gegenüber Vorstandsmitglied	474
62. BGHZ 196, 195	= NJW 2013, 1535 – Fehlerhafte Bestellung des Aufsichtsrats.	480
63. BGHZ 219, 193	= NZG 2018, 1189 – Einwand rechtmäßigen Alternativverhaltens bei Kompetenzverstoß.	488
64. BGHZ 206, 143	= NZG 2015, 1227 – Absage der Hauptverhandlung .	503
65. BGHZ 160, 134	= NJW 2004, 2664 – Infomatec I	518

Kapitalgesellschaftsrecht: GmbH-Recht

66. BGHZ 134, 333	= NJW 1997, 1507 – Haftung in der echten Vor-GmbH	528
67. BGHZ 152, 290	= NJW 2003, 429 – Haftung in der unechten Vor-GmbH	535
68. BGHZ 192, 341	= NJW 2012, 1875 – Wirtschaftliche Neugründung .	541
69. BGH	ZIP 2016, 615 – Voreinzahlung und verdeckte Sacheinlagen.	553
70. BGHZ 219, 327	= NZG 2018, 1344 – Kaduzierung und Ausfallhaftung	561

Inhaltsverzeichnis

71. BGH	NZG 2017, 700 – Abberufung von Gesellschafter-Geschäftsführern	575
72. BGHZ 220, 162	= NZG 2019, 225 – Weltruf	580
73. BGHZ 220, 207	= NZG 2019, 269 – Legitimationswirkung der Gesellschafterliste	590
74. BGHZ 199, 270	= NJW 2014, 2026 – Einreichung einer Gesellschafter- liste durch ausländischen Notar.	603
75. BGH	NJW 2016, 2739 – Treuepflicht bei der Stimmabgabe	611
76. BGHZ 210, 186	= NZG 2016, 742 – Ausfallhaftung nach Einziehung .	617
77. BGHZ 197, 304	= NZG 2013, 1021 – Geschäftsführerhaftung in GmbH & Co. KG	625
78. BGHZ 126, 181	= NJW 1994, 2220 – Insolvenzverschleppung	637
79. BGH	NZG 2017, 1034 – Zahlungsverbot bei Insolvenz- reife.	651
80. BGHZ 165, 85	= NJW 2006, 1344 – Vermögensvermischung	657
81. BGHZ 173, 246	= NJW 2007, 2689 – Existenzvernichtungshaftung (Trihotel)	665

Konzern- und Umwandlungsrecht

82. BGHZ 135, 107	= NJW 1997, 1855 – Volkswagen	680
83. BGHZ 105, 324	= ZIP 1989, 29 – GmbH-Konzern (Supermarkt)	687
84. BGHZ 179, 72	= NJW 2009, 850 – Konzernhaftung in der AG (MPS)	700
85. BGHZ 103, 1	= NJW 1988, 1326 – Fehlerhafte Unternehmens- verträge	709
86. BGHZ 80, 69	= NJW 1981, 1512 – Süssen.	716
87. BGHZ 167, 299	= NJW 2006, 3146 – Rechtsnatur des Abfindungs- anspruchs nach 305 AktG	722
88. BGHZ 206, 332	= NJW 2015, 3373 – Haftung des ausgliedernden Unternehmens	731
89. BGHZ 146, 179	= NJW 2001, 1425 – Klageausschluss bei Pflicht- verletzung hinsichtlich Barabfindung	739
90. BGHZ 212, 90	= NJW 2017, 71 – Gesamtnachfolge nach Verschmelzung trotz Abtretungsverbot	747
91. BGHZ 172, 165	= NJW 2008, 301 – Wiederholungsgefahr und Universalsukzession	754
92. BGHZ 175, 123	= NZG 2008. 436 – Grundbuchmäßige Bezeichnung im Umwandlungsvertrag	757

Inhaltsverzeichnis

Europäisches und Internationales Unternehmensrecht

93. EuGH	= NJW 2003, 3331 – Inspire Art	766
94. EuGH	= NJW 2006, 425 – Verschmelzungsfreiheit im Binnenmarkt (SEVIC)	778
95. EuGH	= NJW 2009, 569 – Grenzen der Wegzugsfreiheit (Cartesio)	783
96. EuGH	= NJW 2012, 2715 – Formwechsel im Binnenmarkt (VALE)	790
97. EuGH	= NJW 2017, 3639 – Isolierte Satzungsverlegung (Polbud)	800
98. EuGH	= NJW 2016, 223 – Kornhaas	809
99. BGHZ 153, 353	= NJW 2003, 1607 – Staatsvertragliche Geltung der Gründungstheorie	815
100. BGHZ 178, 192	= NJW 2009, 289 – Trabrennbahn	819
Entscheidungsverzeichnis		827
Gesetzesverzeichnis		831
Stichwortverzeichnis		835
Verzeichnis wichtiger, abgekürzt zitierter Literatur		838

Nr. 1 – Kaufmannseigenschaft des Kommanditisten

BGHZ 45, 282 = WM 1966, 757

Der Kommanditist, der kein Kaufmann ist, wird es weder durch seine Beteiligung an der Kommanditgesellschaft, noch ist er es, soweit er Verträge mit der Gesellschaft oder den Gesellschaftern abschließt.

BGH, Urt. v. 02.06.1966 – VII ZR 292/64 (OLG München)

Zum Sachverhalt: Im Jahre 1960 gründete die S. S- und W GmbH (im folgenden S.) mit 9 oder 10 weiteren Personen eine Kommanditgesellschaft, die als „S. S- und W Gesellschaft mit beschränkter Haftung M KG“ am 24. Oktober 1960 in das Handelsregister eingetragen wurde. Persönlich haftende Gesellschafterin wurde die S., die übrigen Gesellschafter, darunter die Beklagte, wurden Kommanditisten. Im § 28 der beiden von der Kl. eingereichten, voneinander z. Tl. abweichenden Vertragsurkunden [...] war, insoweit übereinstimmend, vorgesehen, daß über alle Streitigkeiten aus dem Gesellschaftsvertrag zwischen den Gesellschaftern untereinander oder zwischen Gesellschaftern und der Gesellschaft ein Schiedsgericht entscheiden sollte und daß die näheren Bestimmungen in einer besonderen Urkunde zu regeln waren. Diese Urkunde wurde nicht errichtet.

Die Bekl. leistete ihre Einlage nicht. Der für die KG bestellte Notgeschäftsführer trat einen Teil des Anspruchs auf Zahlung der Einlage in Höhe von 20.000 DM an die Kl. ab, die ihn mit der Klage geltend macht. Sie hat ihre Forderung ferner, und zwar „primär“ [...] darauf gestützt, daß sie der KG ein Darlehen von 400.000 DM gewährt habe, für das die Bekl. in Höhe ihrer nicht geleisteten Kommanditeinlage gemäß dem § 171 HGB eintreten müsse.

Die Bekl. bestreitet, zur Zahlung verpflichtet zu sein. Vorab hat sie die Einrede des Schiedsvertrags erhoben.

Das Landgericht hat diese Einrede durch Zwischenurteil verworfen, das Oberlandesgericht die Berufung zurückgewiesen.

Mit der Revision beantragt die Beklagte, das Urteil aufzuheben und die Klage abzuweisen. Die Kl. bittet, das Rechtsmittel zurückzuweisen.

Aus den Gründen:

[...]

Das Oberlandesgericht hält [... die ...] Schiedsabrede für unwirksam, weil sie der Form des § 1027 Abs. 1 ZPO entbehre. **14**

Zwar seien, so führt es aus, die KG ebenso wie die Bekl. Kaufleute, so daß der Abschluß des Gesellschafts- und Schiedsvertrags für sie ein Handelsgeschäft gewesen sei. **15**
An dem Vertrag seien aber mehrere Nichtkaufleute beteiligt gewesen; der Schiedsvertrag hätte insoweit der Form des § 1027 Abs. 1 ZPO bedurft. Da sie nicht eingehalten worden sei, sei die ganze Abrede gemäß dem § 139 BGB unwirksam.

- 16 Die Revision wendet sich vergeblich gegen diese Beurteilung.
- 17 1.) Sie macht an erster Stelle geltend, die Schiedsabrede sei jeweils ein zweiseitiger Vertrag gewesen. Es komme deswegen vorliegend nur darauf an, ob die KG, die persönlich haftende Gesellschafterin und die Bekl. Kaufleute gewesen seien. Diese Voraussetzungen seien unstreitig gegeben.
- 18 Die Rüge richtet sich gegen die Feststellungen des Tatrichters, an die das Revisionsgericht gebunden ist (§ 561 ZPO). Das Oberlandesgericht legt rechtlich unangreifbar dar, daß es sich bei dem Gesellschaftsvertrag ebenso wie bei der Schiedsabrede um ein einheitliches Abkommen zwischen allen Gesellschaftern gehandelt habe. Es würdigt den Sachverhalt weiter dahin, daß die Beteiligten nicht zweierlei Zuständigkeiten für die im § 28 des Vertrags erwähnten Streitigkeiten hätten schaffen wollen; damit meint es, sie hätten die Schiedsabrede ohne den wegen Nichteinhaltung der Form des § 1027 Abs. 1 ZPO unwirksamen Teil nicht getroffen.
- 19 Was die Revision hiergegen vorbringt, liegt allein auf tatsächlichem Gebiet und kann nicht beachtet werden.
- 20 2.) Das Berufungsgericht befaßt sich weiter mit der Frage, ob etwa der Abschluß des Gesellschaftsvertrages auch für die daran beteiligten Nichtkaufleute ein Handelsgeschäft gewesen sei. Es meint, die Verhältnisse lägen insoweit ebenso wie bei der Gründung einer offenen Handelsgesellschaft. Bei dieser erwerbe der Gesellschafter nicht schon durch den Gründungsvertrag die Eigenschaft eines Kaufmanns, sondern erst durch den Betrieb der Gesellschaft.
- 21 Die Revision greift diese Rechtsauffassung an. Die Bekl. habe zudem, so führt sie aus, behauptet und unter Beweis gestellt, daß der auf den 8. Oktober 1960 datierte Gesellschaftsvertrag mit der im § 28 enthaltenen Schiedsabrede erst wesentlich später unterzeichnet worden sei, als die KG bereits im Handelsregister eingetragen gewesen war und ihren Betrieb seit langem aufgenommen hatte. Die Kommanditisten seien also bei der Unterzeichnung Kaufleute gewesen, so daß es einer Innehaltung der Form des § 1027 Abs. 1 ZPO nicht bedurft habe.
- 22 Auch diese Rüge ist unbegründet.
- 23 a) Dem Berufungsgericht kann nicht zugestimmt werden, wenn es in diesem Zusammenhang die Kommanditgesellschaft der offenen Handelsgesellschaft rechtlich gleichstellt.
- 24 Die Mitgesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft werden, ebenso wie die persönlich haftenden Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft, durch die Aufnahme des Geschäftsbetriebs Kaufleute (BGHZ 34, 293, 296 f.; BGH LM § 406 HGB Nr. 1). Es wird ferner die Ansicht vertreten, daß bereits der Abschluß des Vertrags über die Errichtung einer offenen Handelsgesellschaft für die Gründer ein Handelsgeschäft sei, selbst wenn sie bis dahin keine Kaufleute gewesen sein sollten; diese Auffassung stützt sich im wesentlichen darauf, daß die Gründer mit jenem Abschluß ihr künftiges Handelsgewerbe vorbereiten (Hueck, Das Recht der offenen Handelsgesellschaft, 3. Aufl., § 3 Nr. 9; Ritter, HGB, § 343 Anm. 6 b. A. A. u. a. Zöllner, Betr. 1964, 795 mit Nachw.).

Diese Begründung versagt bei der Kommanditgesellschaft. Denn die Kommanditisten werden durch ihre Beteiligung an ihr keine Kaufleute, wenn nicht besondere, hier nicht in Betracht kommende Umstände hinzutreten (Urteil des Senats vom 27. Mai. 1957 – VII ZR 223/56 – = WM 1957, 883; RGSt 69, 65, 67 ff.; RG HRR 1934, 143; RGRK HGB, 2. Aufl., § 161 Anm. 15).

Zwar wird im Schrifttum auch das Gegenteil behauptet, und zwar entweder grundsätzlich (Ballerstedt, JuS 1963, 253, 259) oder wenigstens insoweit, als der Kommanditist mit anderen Gesellschaftern oder der Kommanditgesellschaft Geschäfte schließt (Hueck, Gesellschaftsrecht, 12. Aufl., S. 94; Lehmann, Gesellschaftsrecht, 2. Aufl., S. 148; Schlegelberger-Gessler, HGB, 4. Aufl., § 161 Rdn. 27 – entgegen Schlegelberger-Hefermehl, HGB, 4. Aufl., § 343 Rdn. 17/18 –). Dem kann aber nicht zugestimmt werden.

Kaufmann ist nach § 1 Abs. 1 HGB, wer ein Handelsgewerbe betreibt. Das trifft für den Kommanditisten nicht zu. Die Gesellschaft wird nicht auf seinen Namen geführt, er haftet für die Verbindlichkeiten nur mit seiner Einlage, von der Geschäftsführung ist er ausgeschlossen, er ist nicht zur Vertretung berechtigt und es besteht für ihn kein Wettbewerbsverbot. Bei einer so beschränkten Rechtsstellung kann nicht mehr davon gesprochen werden, daß er die Geschäfte der Gesellschaft mitbetreibt oder daß dies der persönlich haftende Gesellschafter für ihn und in seinem Namen tut. Er ist, wie das Reichsgericht aaO zutreffend sagt, für den unbefangenen Beobachter nicht „Inhaber“ oder „Prinzipal“ des Betriebs.

Daran ändert sich nichts, wenn der Kommanditist mit anderen Gesellschaftern oder der Gesellschaft Verträge schließt. Hierdurch betreibt er nicht die Geschäfte der Kommanditgesellschaft. Solche Verträge sind also nur dann für ihn Handelsgeschäfte, wenn er ohnehin Kaufmann ist und im Rahmen dieses Gewerbes mit der Gesellschaft oder den Gesellschaftern in Beziehung tritt. Abgesehen von einer solchen Sachgestaltung fehlt es an einem hinreichenden Grunde, ihn als Kaufmann zu behandeln. Regelt er seine Beziehungen zur Gesellschaft oder zu den Gesellschaftern, so übt er damit nicht ein Gewerbe aus; denn dabei handelt es sich nicht um einen für die Dauer berechneten Kreis von Geschäften, wie es für die Ausübung eines Handelsgewerbes i. S. des § 1 Abs. 1 HGB erforderlich ist. Er ist also auch nicht in dem beschränkten Umfange Kaufmann, wie es von den oben angeführten Schriftstellern angenommen wird (ebenso Zöllner, Betr. 1964, 795).

Schließlich sind auch etwaige Billigkeitserwägungen, auf die im Schrifttum verwiesen wird (Ballerstedt aaO), nicht geeignet, ein anderes Ergebnis zu rechtfertigen. Der Senat hat im Urteil BGHZ 36, 273, 277 ausgeführt, daß die im § 1027 Abs. 2 ZPO zugelassene Formfreiheit eine eng auszulegende Ausnahmeregelung ist. Daran ist festzuhalten. Es besteht also kein Anlaß zu einer weitherzigen Anwendung.

b) Aus dem Gesagten folgt, daß die Schiedsabrede, die ein Kommanditist im Gesellschaftsvertrag vereinbart, der Form des § 1027 Abs. 1 ZPO bedarf, wenn er nicht im Hinblick auf ein anderes von ihm betriebenes Gewerbe ohnehin Kaufmann ist. Das gilt auch für Vereinbarungen, die er während des Bestehens der Gesellschaft mit dieser oder den anderen Gesellschaftern schließt. Deswegen ist es vorliegend unerheblich, ob der

Gesellschaftsvertrag in Wirklichkeit erst nach Beginn des Geschäftsbetriebs und der Eintragung im Handelsregister unterzeichnet worden ist.

- 31 Da nach dem oben Gesagten an der Schiedsabrede Nichtkaufleute beteiligt waren, diese Abmachung als Einheit anzusehen ist und nach der bedenkenfreien Feststellung des Oberlandesgerichts ohne den unwirksamen Teil nicht getroffen worden wäre, ist die KG gemäß dem § 1027 Abs. 1 ZPO der Bekl. gegenüber nicht daran gebunden gewesen. Die Vorinstanzen haben die Einrede also mit Recht verworfen.

Anregungen zur Vertiefung:

1. Welche Arten der Kaufmannseigenschaft unterscheidet das HGB? Lesen Sie die §§ 1–6 HGB; zum System *Bayer/Lieder*, Handels- und GesR, Rn. 12 ff.
2. Was unterscheidet die Kommanditisten von den Komplementären (vgl. § 161 HGB)? Ist der Komplementär wirklich stets Kaufmann iSd §§ 1 ff. HGB, wie der BGH in Rn. 24 meint? Siehe dazu *Oetker/Oetker*, § 161 HGB Rn. 14.
3. Der BGH behandelt in dieser Entscheidung die Frage der Kaufmannseigenschaft von Anlagegesellschaftern. Inwieweit können auch diese als Kaufleute qualifiziert werden? Welches gesellschaftsrechtliche Prinzip untermauert die Kernaussage des BGH? *Bayer/Lieder*, Handels- und GesR, Rn. 18.
4. *Ballerstedt* (JuS 1963, 253, 259) führt als Argument für die Kaufmannseigenschaft eines Kommanditisten auch seine Registereintragung (vgl. § 162 Abs. 1 S. 1 HGB) an. Warum verfährt dieses Argument nicht? Welche Bedeutung kommt der Eintragung des Kommanditisten zu? Vgl. § 176 HGB und *Bayer/Lieder*, Handels- und GesR, Rn. 634.
5. Ist ein Allein- oder Mehrheitsgesellschafter einer GmbH Kaufmann iSd HGB? BGHZ 165, 43; *MHLS/Lieder*, § 13 GmbHG Rn. 328; *MüKo-GmbHG/Merkt*, § 13 GmbHG Rn. 88; *Lutter/Hommelhoff/Bayer*, § 13 GmbHG Rn. 1.
6. Der persönlich haftende Gesellschafter G der X-OHG sowie der Alleingesellschafter-Geschäftsführer A der Y-GmbH haben sich gegenüber dem Lieferanten L für eine Schuld des Unternehmers U per Telefax verbürgt. Prüfen Sie die Wirksamkeit der Bürgschaften! Dazu *Bayer/Lieder*, Handels- und GesR, Rn. 17.

Nr. 2 – Gewerbebegriff

BGHZ 33, 321 = NJW 1961, 725

Die Landwirtschaft ist im Regelfall ein Gewerbebetrieb im Sinne der Verjährungsvorschriften.

BGH, Urt. v. 07.06.1960 – VIII ZR 215/59 (OLG Düsseldorf)

Zum Sachverhalt: Der Kl. ist Inhaber einer Samengroßhandlung. Er verlangt den Kaufpreis für 300 Zentner Saatkartoffeln, die er dem Beklagten, der eine Landwirtschaft in der Größe von mindestens etwa 269 Morgen betreibt, im November 1952 verkauft und im Dezember 1952

geliefert hat. Die Klage ist durch einen im Dezember 1956 zugestellten Zahlungsbefehl über den Betrag von 2348,26 DM nebst Zinsen eingeleitet worden. Der Bekl. hat gegenüber der Klageforderung die Einrede der Verjährung erhoben und weitere Einwendungen gegen den Anspruch vorgebracht.

Das Landgericht hat die Klage wegen Verjährung des Anspruchs abgewiesen. Das Oberlandesgericht hat diese Entscheidung bestätigt.

Mit der vom Berufungsgericht zugelassenen Revision verfolgt der Kl. seine Forderung weiter, während der Bekl. beantragt, die Revision zurückzuweisen.

Aus den Gründen:

Nach § 196 Abs. 1 Nr. 1 BGB verjähren die Ansprüche der Kaufleute für Lieferungen von Waren in zwei Jahren, es sei denn, daß die Leistung für den Gewerbebetrieb des Schuldners erfolgt. In diesem Falle beträgt die Verjährungszeit nach § 196 Abs. 2 BGB vier Jahre. 4

Die Kartoffeln, deren Bezahlung mit der Klage verlangt wird, sind, wie das Berufungsgericht unangegriffen und für das Revisionsgericht bindend festgestellt hat, für den landwirtschaftlichen Betrieb des Bekl. geliefert worden. Mit der räumlich weit entfernt gelegenen Ziegelei des Bekl. hatte diese Lieferung nichts zu tun. Entscheidend für die Frage, ob die Kaufpreisansprüche aus der Kartoffellieferung innerhalb von zwei oder erst nach Ablauf von vier Jahren verjähren, ist daher nicht, wie das Berufungsgericht richtig erkannt hat, ob die Ziegelei, sondern, ob die Landwirtschaft einen als „Gewerbebetrieb“ i. S. des § 196 Abs. 1 Ziff. 1 Halbs. 2 BGB [*in der bis zum 31.12.2001 geltenden Fassung*] darstellt. Das Berufungsgericht meint, die Landwirtschaft sei niemals als Gewerbebetrieb im Sinne dieser Vorschrift anzusehen. Dieser Auffassung vermag der erkennende Senat sich nicht anzuschließen. 5

I.

Die Frage, ob die Landwirtschaft im Hinblick auf die Verjährungsvorschriften als Gewerbebetrieb anzusehen ist, wird in der Rechtsprechung und im Schrifttum unterschiedlich beantwortet. Mehrere Oberlandesgerichte (OLG Zweibrücken, Pfälzische Rechtspraxis 2. Jahrg. (1904/05) S. 16; OLG Posen Jur. Mschr. für Posen, West- und Ostpreußen Bd. VIII (1905) S. 84; OLG Dresden OLG 12, 248; KG OLG 20, 71; OLG Breslau OLG 22, 164) haben die Einordnung eines landwirtschaftlichen Betriebes unter den Begriff Gewerbebetrieb i. S. des § 196 BGB verneint, und zwar unter Hinweis auf den allgemeinen (gewöhnlichen, verkehrsüblichen) Sprachgebrauch, auch den Sprachgebrauch der Gewerbeordnung, sowie auf herrschende Lehre und Rechtsprechung, insbesondere die Rechtsprechung des preußischen Obertribunals zu § 1 Nr. 1 des preußischen Gesetzes wegen Einführung kürzerer Verjährungsfristen vom 21. März 1838 (PrGS. S. 249), an das die Regelung des § 196 Abs. 1 Ziff. 1 BGB angelehnt worden ist (Mot. I, 288, 300; Josef in Gruchot Bd. 42 (1898) S. 1; RGZ 66, 47, 49; OLG Breslau OLG 22, 165; LG Kleve NJW 1954, 1890), und das von der zweijährigen Verjährungsfrist diejenigen Forderungen ausgenommen hatte, „welche in Bezug auf den Gewerbebetrieb des Empfängers entstanden sind.“ Dieser Ansicht ist im Jahre 1928 auch das Reichsgericht (RGZ 120, 356) gefolgt, ohne sie dort allerdings näher zu begründen. Dem gegen- 6

über hat das OLG Celle (JW 1932, 1573) einen abweichenden Standpunkt eingenommen, indem es Landwirtschaftsbetriebe mit Rücksicht auf den durch die weitgehende Verwendung technischer Hilfsmittel in der Landwirtschaft und durch den Einzug kaufmännischer Geschäftsführung in die landwirtschaftlichen Betriebe eingetretenen, grundlegenden Wandel allgemein zu den Gewerbebetrieben i. S. des § 196 Abs. 1 Ziff. 1 BGB rechnet, indes offen läßt, ob auch Kleinbetriebe, deren Inhaber nur als Selbstversorger zu kennzeichnen sein mögen, als Gewerbebetriebe im Sinne der Verjährungsvorschriften anzusehen sind. Gegen diese Entscheidung hat sich das Oberlandesgericht Jena (JW 1937, 2590) mit der Erwägung gewandt, daß jedenfalls die nach dem „Umbruch“ ergangene, die Landwirtschaft betreffende Gesetzgebung eine solche rein wirtschaftliche Betrachtungsweise ausschließe, und daß dies auch dem ursprünglichen Bild des Gesetzgebers entspreche. Die Frage blieb nach dem Zusammenbruch strittig. Während Enneccerus/Nipperdey (BGB Allg. Teil 15. Aufl. § 233, I, 1 Fußn. 15) landwirtschaftliche Betriebe jedenfalls dann als Gewerbebetriebe ansehen, wenn es sich um Großbetriebe handelt, werden sie von Coing (bei Staudinger BGB 11. Aufl. § 196 Nr. 18) und von Johannsen (BGB-RGRK 11. Aufl. § 196 Anm. 38) auch in weiterem Umfang grundsätzlich als Gewerbebetriebe im Sinne der Verjährungsvorschriften beurteilt. Ebenso zwiespältig ist die Rechtsprechung der unteren Gerichte (für Gewerbebetrieb; LG Kleve NJW 1954, 1890; LG Detmold RdL 1958, 41; kein Gewerbebetrieb – ausgenommen vielleicht Großbetriebe: LG Osnabrück RdL 1958, 241). Der Bundesgerichtshof hat die Frage, soweit ersichtlich, bisher noch nicht entschieden.

II.

- 7 Was unter dem Begriff „Gewerbebetrieb“ zu verstehen ist, ob insbesondere auch die Landwirtschaft schlechthin oder unter bestimmten Voraussetzungen als solcher i. S. des § 196 Abs. 1 Nr. 1 Halbs. 2 BGB zu gelten hat, wird vom Gesetz nicht im einzelnen dargelegt.
- 8 1. Die Begriffsbestimmung setzt zunächst, wie sich aus dem darin aufgenommenen Merkmal des „Betreibens“ ergibt, bei der betreffenden Tätigkeit das Dauernde, Berufsmäßige voraus (RGZ 27, 259, 260; 66, 48, 51). Wesentlich ist des weiteren, daß die berufsmäßige Tätigkeit auf einen wirtschaftlichen Zweck hinstrebt. Die Absicht muß nicht auf ein einzelnes oder mehrere einzelne Geschäfte gerichtet sein, sondern auf einen dauernden Kreis von Geschäften als Ganzes, das als eine dauernde und berufsmäßig fließende Einnahmequelle dienen soll (RGZ 38, 18; 66, 48, 51; KG OLG 36, 249). Unter den Begriff „Gewerbebetrieb“ fällt mithin grundsätzlich jede auf einen Kreis von Geschäften gerichtete, zum Zweck der Gewinnerzielung auf wirtschaftlichem Gebiet in weitestem Sinne ausgeübte Tätigkeit oder, wie der erkennende Senat in dem Urteil vom 2. Dezember 1958 – VIII ZR 154/57 S. 21 (= WM 1959, 161) kürzer gesagt hat, jeder auf Erzielung dauernder Einnahmen gerichtete berufsmäßige Geschäftsbetrieb.
- 9 2. Setzt die Einordnung einer Tätigkeit unter den Begriff „Gewerbebetrieb“ voraus, daß die Tätigkeit „zum Zwecke der Erlangung von Gewinn“ betrieben wird, daß sie als „eine berufsmäßig fließende Einnahmequelle“ dient, daß sie „auf Erzielung dauernder Einnahmen“ gerichtet ist, muß also die Tätigkeit, um sie als „Gewerbebetrieb“ anzu-

sprechen, von der Erwerbsabsicht beherrscht sein, so kommt der Wartung eine besondere Bedeutung zu, die die Verkehrsauffassung den jeweils betriebenen Tätigkeiten allgemein oder besonders von Fall zu Fall beimißt: Die Einordnung einer Tätigkeit unter dem Begriff „Gewerbebetrieb“ hängt weitgehend davon ab, ob nach der jeweiligen Verkehrsanschauung oder anders ausgedrückt nach den jeweiligen gesellschaftlichen Anschauungen die entfaltete Tätigkeit von der „Erwerbsabsicht“ geformt oder beherrscht wird, ob ihr vorwiegend eine technisch funktionell ausgerichtete Erwerbsabsicht eignet, oder ob sie wesentlich von geistigen oder wissenschaftlichen oder künstlerischen Leitgedanken und Kräften bestimmt wird, die sie von dem vornehmlich auf Gewinnerzielung hinstrebenden Tätigsein unterscheiden. Obwohl die Absicht auch bei dieser Art von Tätigkeiten darauf gerichtet sein kann und häufig auch ist, durch sie dauernde Einnahmequellen zu erschließen, wird sie doch nach allgemeiner Überzeugung von anderen Leitgedanken geformt, wie z. B. etwa beim Künstler durch künstlerische Gestaltungselemente, beim Arzt durch den Dienst an der menschlichen Gesundheit, beim Rechtsanwalt durch das die Rechtspflege fördernde Bemühen nach rechtlicher Ordnung bestimmter Lebensverhältnisse, eben den Dienst am Recht. Diese Wertungsfaktoren können im Sprachgebrauch einen Niederschlag finden, so daß wiederholt zur Abgrenzung des Begriffs „Gewerbebetrieb“ auf den „allgemeinen Sprachgebrauch“ abgehoben wird (vgl. Preuss. Obertribunal vom 6. Dezember 1853 = Striethorst Arch. f. Rechtsfälle 11, 92; OLG Zweibrücken Pfälzische Rechtspraxis 2. Jahrg. (1904/05) S. 16; OLG Posen Jur. Mschr. für Posen, West- und Ostpreußen Bd. VIII (1905) S. 84; KG OLG 20, 71).

Die Wertung, ob eine Tätigkeit von der Erwerbsabsicht oder von anderen Leitgedanken bestimmt wird, und damit der auf dieser Wertung aufbauende Sprachgebrauch sind infolge des Wechsels der tatsächlichen Verhältnisse wie der Wertungsmaßstäbe der Wandlung unterworfen. Hierdurch kommt notwendig ein der potentiellen Veränderung ausgesetztes Element in das Verfahren bei der Begriffsbestimmung dessen, was jeweils als „Gewerbebetrieb“ zu gelten hat, dem Rechnung getragen werden muß. Es ist daher auf die jeweils geltende Wertung, auf den jeweils üblichen „Sprachgebrauch“ im Rahmen der wechselnden Zeitanschauungen abzustellen.

3. Wenn Rechtsprechung und Schrifttum (s. die oben Zitierten) zur Bestimmung des Begriffs „Gewerbebetrieb“ es allein auf den „allgemeinen Sprachgebrauch“ oder den „Sprachgebrauch“ schlechthin abstellen, ohne daß dieser auf die Verkehrsauffassung und auf eine Wertung darüber, ob bei einer bestimmten Tätigkeit die Erwerbsabsicht vorherrsche, gegründet ist, so kann dem nicht gefolgt werden. Es mag sein, daß „nach einem häufigen Sprachgebrauch Gewerbe als stoffveredelnde Beschäftigung den Stoff schaffenden Beschäftigungen (wie Bergbau) einerseits und den Güter verarbeitenden Beschäftigungen (Handel) andererseits entgegengesetzt werden“ (so OLG Breslau OLG 22, 164 in Anlehnung an Grimms Wörterbuch S. 5482), oder daß nach häufigem Sprachgebrauch die Urproduktion nicht als Gewerbebetrieb angesehen wird. Für die grundsätzliche Ausdeutung des Wortes Gewerbebetrieb können derartige Sprachgebräuche keine abschließende Bedeutung erlangen, weil hierbei auf Kennzeichen und Erscheinungsformen zurückgegriffen wird, die offensichtlich nur für bestimmte Situationen

10

11

und Einzelfälle, nicht aber schlechthin, also allgemeine Geltung genießen. Sie sind daher ungeeignet, das Wesentliche umfassende, allseitig gültige Anhaltspunkte für die Begriffsbestimmung „Gewerbebetrieb“ abzugeben. Deshalb hat bereits das preußische Obertribunal (Striethorst, Arch.f. Rechtsfälle 100, 353) es abgelehnt, das Vorliegen eines Gewerbebetriebes schlechthin mit der Begründung zu verneinen, es handele sich um „Urproduktion“ (dort Bergbau). Es kann mithin schon hier gesagt werden, daß die Landwirtschaft nicht um deswillen allein der Eigenschaft, ein Gewerbebetrieb zu sein, entraten muß, weil es sich bei ihr um eine typische Form der Urproduktion handelt. Vielmehr wird zunächst zu prüfen sein, ob § 196 BGB den Ausdruck Gewerbebetrieb in Anlehnung an den erwähnten, durch die Erwerbsabsicht bestimmend beeinflussten Sprachgebrauch unter Ausklammerung der Urproduktion verstanden wissen will. Denn der Sprachgebrauch kann, wenn auch nicht allgemein, so doch im Hinblick auf einzelne Gesetze sehr wohl Anlaß geben, zu prüfen, ob das einzelne Gesetz den Ausdruck Gewerbebetrieb im Sinne eines solchen Sprachgebrauchs enger oder weiter, also etwa unter Ausschluß der Urproduktion, hat fassen wollen.

- 12 4. Sprachgebrauch und Verkehrsauffassung bieten somit nur allgemeine Anhaltspunkte für die Beurteilung dessen, was unter einem „Gewerbebetrieb“ zu verstehen ist. Die verschiedenen Gesetze gebrauchen diesen Begriff aber durchaus nicht immer mit einem völlig gleichen Inhalt. Vielmehr wird er im Einzelfall von diesem oder jenem Gesetz mit einer bald engeren, bald weiteren Bedeutung versehen. Das ist allgemeine Ansicht (vgl. statt vieler: Landmann/Rohmer/Eyermann/Fröhler GewO 11. Aufl. (1956) Einleitung Nr. 6, 1 S. 44 ff.; OLG Breslau OLG 22, 164; RFH vom 15. Juli 1924 Steuer und Wirtschaft 1924 Bd. 3 S. 1068). Zum Teil schließen einzelne Gesetze gewisse Tätigkeiten ausdrücklich als „Gewerbebetrieb“ aus (z. B. HGB § 3; GewO § 6) oder stellen sie ausdrücklich dem „Gewerbebetrieb“ gleich (z. B. § 55 SteuerbewertungsG vom 16. Oktober 1934 (RGBl I 1035) für Ärzte, Rechtsanwälte, Notare u. a., wissenschaftliche, künstlerische, unterrichtende oder erzieherische Tätigkeiten u. ä.). Auf diese Weise geben sie dem Begriff Gewerbebetrieb jeweils eine besondere, manchmal weitere, gelegentlich engere Bedeutung.
- 13 Vielfach jedoch verwenden einzelne Gesetze den Begriff Gewerbebetrieb mit einem Inhalt, dessen Bedeutung sich nicht ohne weiteres aus sich selbst ergibt. Die eigentlich gemeinte Sinnbedeutung des verwendeten Ausdrucks kann alsdann nur dem Aufbau, Inhalt und Zweck des Gesetzes entnommen werden. So hat z. B. das Reichsgericht (RGSt 18, 373; RGZ 1, 265) angenommen, daß landwirtschaftliche Nebenbetriebe, die, wenn sie selbständig betrieben würden, als Gewerbe i. S. der Gewerbeordnung anzusehen sein würden, gerade so wie die Landwirtschaft, „die die Hauptbasis dieses Nebengewerbes bilden“, nicht unter die Bestimmungen der Gewerbeordnung fielen. In § 407 ZPO und § 75 StPO, in denen die Begutachtungspflicht der zu Sachverständigen ernannten Personen festgelegt ist, wird denjenigen, die ein Gewerbe im Sinne dieser Bestimmungen zum Erwerb ausüben, dagegen auch die dauernde Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft zugerechnet (Wieczorek ZPO § 407 Anm. A II; Baumbach/Lauterbach ZPO 25. Aufl. § 407 Anm. 2). Hier ist das Wort „Gewerbe“ nicht nach der Gewerbeordnung, sondern

im weitesten Sinne zu verstehen, wie in der Reichstagskommission bei Beratung des § 372 (jetzt § 407) ZPO (Reichstagsdrucksache 1876 Nr. 60 Prot. S. 148) festgestellt worden ist (Hartung bei Gündel/Hartung/Lingemann/Niethammer StPO 19. Aufl. (1934) § 75 Anm. 4). Das Reichsgericht hat in RGZ 55, 167, 170 angenommen, daß die Rechtsanwaltstätigkeit als Betreiben eines „Gewerbes“ im Sinne des Gesetzes wegen Beseitigung der Doppelbesteuerung vom 13. Mai 1870 anzusehen sei, und dabei bemerkt, daß sie auch in gewerbepolizeilichen Bestimmungen unter den Begriff „Gewerbe“ fallend aufgefaßt worden sei. Zutreffend führt daher der Kommentar von Landmann/Rohmer/Eyermann/Fröhler zur Gewerbeordnung (aaO) aus, der Sprachgebrauch und die Ausdrucksweise anderer Gesetze seien schwankend. Teils werde der Ausdruck „Gewerbe“ in engerem, teils in weiterem Sinn verstanden (vgl. a. OLG Breslau OLG 22, 164). Wenn also nach der Ausdrucksweise der Gewerbeordnung der Ackerbau und die ausdrücklich in § 6 GewO erwähnte „Viehzucht“ nicht als Gewerbebetrieb zu gelten haben, so folgt daraus nicht zwingend, sie fielen auch nicht unter den „Gewerbebetrieb“ im Sinne der Verjährungsvorschriften. Die ausdrückliche oder stillschweigende Abgrenzung in anderen Gesetzen als dem hier anzuwendenden § 196 Abs. 1 Nr. 1 BGB ist daher ohne nähere Bedeutung. Demgemäß darf im Zusammenhang mit § 196 Abs. 1 Nr. 1 BGB nur geprüft werden, mit welcher inhaltlichen Bedeutung gerade dieses Gesetz nach seinem Sinn und Zweck den Begriff Gewerbebetrieb gebraucht.

III.

1. Die Entstehungsgeschichte des Bürgerlichen Gesetzbuches enthält keine sicheren Anhaltspunkte dafür, daß der Gesetzgeber die Landwirtschaft nicht als Gewerbebetrieb angesehen hat. 14

Die Ausnahme von der kurzen, zweijährigen Verjährung bei Leistungen für den Gewerbebetrieb des Schuldners ist damit begründet worden, daß andernfalls die vorgeschlagene, diese Ausnahme nicht enthaltende, Fassung sich auch auf die mit Bezug auf den Gewerbebetrieb des Empfängers (oder wie später festgelegt wurde: des Schuldners) entstandenen Ansprüche beziehen würde. Das erschien unerwünscht. Denn, so wurde geltend gemacht, für eine solche Ausdehnung der kurzen, zweijährigen Verjährung fehle es an zureichenden Gründen (vgl. Mugdan I, 755 = Prot. I, 203, 204). Außerdem bedeute die generelle Einführung der zweijährigen Verjährung eine wesentliche Abweichung von dem in den überwiegenden Teilen des deutschen Reiches herrschenden Rechtszustand (vgl. Mugdan I, 775 = Prot. I, 203). Um diesen Bedenken zu begegnen, wurde in Anlehnung an die Vorschrift des § 1 Nr. 1 des preußischen Verjährungsgesetzes vom 31. März 1838 schließlich die jetzige Fassung des § 196 Abs. 1 Nr. 1 Halbs. 2 BGB gewählt. Die hieran geknüpfte Annahme (vgl. OLG Dresden OLG 12, 248; OLG Breslau OLG 22, 164; Josef in Gruchot 42, 1; LG Osnabrück RdL 1948, 241), damit sei zugleich auch die Rechtsprechung des preußischen Obertribunals zur Auslegung des Begriffs „Gewerbebetrieb“ übernommen worden und gleichsam Gesetzesinhalt geworden, ist jedoch unrichtig. [...]

Maßgebend für die Auslegung eines Gesetzes ist in der Regel allein der in der Gesetzesbestimmung zum Ausdruck kommende „objektivierte Wille“ des Gesetzgebers, so 19

wie er sich aus dem Wortlaut und Sinnzusammenhang ergibt, in den die Bestimmung hineingestellt ist. Nicht entscheidend ist dagegen die subjektive Vorstellung der am Gesetzgebungsverfahren beteiligten Organe oder einzelner ihrer Mitglieder über die Bedeutung einer Bestimmung. Der Entstehungsgeschichte einer Vorschrift kommt für deren Auslegung nur insofern Bedeutung zu, als sie die Richtigkeit einer nach den gegebenen Grundsätzen erhaltenen Auslegung bestätigt, oder Zweifel behebt, die auf dem angegebenen Weg allein nicht ausgeräumt werden können (BVerfGE 1, 299, 312).

- 20** Diese Erwägungen gelten auch hier. Sollte der Gesetzgeber des § 196 BGB über den Begriff „Gewerbebetrieb“ im Hinblick auf die Landwirtschaft bestimmte Vorstellungen in Anlehnung an die preußische Rechtsprechung und den damaligen Sprachgebrauch gehabt haben und deshalb davon ausgegangen sein, daß die Landwirtschaft nicht als Gewerbebetrieb anzusehen sei, so hat dieser Gedanke jedenfalls in dem Wortlaut und Sinnzusammenhang der Verjährungsvorschriften keinen Ausdruck gefunden. Es besteht daher auch keine Veranlassung, § 196 Abs. 1 Nr. 1 BGB dahin auszulegen, daß der landwirtschaftliche Betrieb schlechthin als nicht unter den Begriff Gewerbebetrieb fallend angesehen werde. Da der Gesetzgeber eine Verlängerung der Verjährungszeit von zwei auf vier Jahre allein davon abhängig gemacht hat, daß die Leistung für den Gewerbebetrieb des Schuldners erfolgt, hat er [...] damit auf einen Begriff abgestellt, der, wie dargelegt, einen von der jeweiligen Wertung durch die Verkehrsauffassung abhängigen, mithin einem Wandel unterworfenen Inhalt besitzt.
- 21** Danach ist der Begriff „Gewerbebetrieb“, soweit er von der sich wandelnden Verkehrsauffassung inhaltlich mitbestimmt wird, nach den jeweiligen Anschauungen der Zeit zu beurteilen, für die die Verjährungsvorschrift des § 196 Abs. 1 Ziff. 1 BGB angewendet werden soll.
- 22** 2. Auch aus der Bestimmung des § 196 Abs. 1 Nr. 2 BGB ist entgegen der vom Oberlandesgericht Breslau (OLG 22, 164) vertretenen Ansicht nicht zu entnehmen, daß der Gesetzgeber den Betrieb der Landwirtschaft im Rahmen der Verjährungsbestimmung nicht als „Gewerbebetrieb“ angesehen hat. Nach dieser Vorschrift verjähren Ansprüche derjenigen, welche Land- oder Forstwirtschaft betreiben, für Lieferungen von land- oder forstwirtschaftlichen Erzeugnissen dann in zwei Jahren, wenn die Lieferung zur Verwendung im Haushalt des Schuldners erfolgt. Andernfalls tritt die Verjährung nach § 196 Abs. 1 Nr. 2 i. V. m. Abs. 2 erst nach Ablauf von vier Jahren ein.
- 23** Das Oberlandesgericht Breslau (aaO) folgert zwar aus dem Umstand, daß in § 196 Abs. 1 Nr. 2 die Landwirtschaft ausdrücklich erwähnt wird, „der Gesetzgeber habe der Landwirtschaft besonders gedacht und er würde, wenn er eine Änderung auch in der Verjährung der Ansprüche der in Nr. 1 bezeichneten Gewerbetreibenden für Lieferungen von Waren für den landwirtschaftlichen Betrieb des Schuldners gegenüber den bisher in Preußen geltenden Bestimmungen gewollt hätte, dies auch ausgesprochen haben“. Dem kann aus mehrfachen Gründen nicht gefolgt werden. Wie bereits oben zu III ausgeführt wurde, ist anlässlich der Erörterungen, daß „der im überwiegenden Teil des Reichsgebiets bestehende Rechtszustand“ aufrecht erhalten werden sollte (Prot. I, 203), nicht von der Landwirtschaft die Rede, sondern von Lieferungen an Gewerbebetriebe

Entscheidungsverzeichnis

Aufgeführt sind nur Entscheidungen der obersten Gerichte. Die Zahlen bezeichnen die Nummer, unter der der Fall abgedruckt (**fett**) oder in den Anmerkungen erwähnt ist.

EuGH

27.9.1988	EuGHE 1988, 5483	– Daily Mail	93, 94, 95
24.11.1993	EuGHE 1993, I 06097	= NJW 1994, 121 – Keck	98
9.3.1999	EuGHE 1999, I-1459	– Centros	93
5.11.2002	EuGHE 2002, I-9919	– Überseering	93
30.9.2003	EuGHE 2003, I-10155	= NJW 2003, 3331 – Inspire Act	93
13.12.2005	EuGHE 2005, I-10805	= NJW 2006, 425 – SEVIC	94
12.9.2006	EuGHE 2006, I-8031	– Cadbury Schweppes	97
16.12.2008	EuGHE 2008, I-9664	= NJW 2009, 569 – Cartesio	94, 95 , 96
15.4.2010	EuGHE 2010, I-2947	= NJW 2010, 1511 = JuS 2010, 642.	41
28.6.2012	NZG 2012, 784	65
12.7.	NJW 2012, 2715	– VALE	96 , 97
10.12.2015	NJW 2016, 223	= JZ 2016, 571 – Kornhaas	98
25.10.2017	NJW 2017, 3639	= NZG 2017, 1308 – Poldbud.	97

BVerfG

18.9.1952	BVerfGE 1, 418	= NJW 1953, 177.	58
7.8.1962	E 14, 263	= NJW 1962, 1667.	57
1.3.1979	E 50, 290	= NJW 1979, 699.	53
14.11.1995	E 93, 352	= NZA 1996, 381	53
17.4.1999	E 100, 289	= NZG 1999, 931.	58
19.4.2007	NJW 2007, 3265	87
28.8.	ZIP 2007, 1987	57
11.7.2012	E 132, 99	= NJW 2012, 3081.	58
8.10.	NJW 2013, 523	23

RG

8.7.1918	RGZ 93, 238	4
----------	-------------	-----------	---

BGH

7.6.1960	Z 33, 321	= NJW 1961, 725	2
22.1.1962	Z 36, 292	8
4.4.	Z 37, 79	6
17.3.1966	Z 45, 204	= NJW 1966, 1309 = JA 2005, 181	27
2.6.19	Z 45, 282	= WM 1966, 757.	1

Entscheidungsverzeichnis

BGH

2.7.1968	NJW 1968, 1874	19
20.8.	Z 50, 277	13
9.12.	Z 51, 198	= JZ 1969, 469	21
21.12.1970	Z 55, 267	= NJW 1971, 1268 = JuS 1971, 540.	44
16.5.1974	NJW 1974, 1705	= NJW 2017, 3080 = JuS 1976, 571.	19
1.12.1975	Z 65, 309	= NJW 1976, 569 = JuS 1976, 537	4
10.2.1977	Z 68, 225	= NJW 1977, 133.	45
13.3.1978	Z 71, 40	= NJW 1978, 1316	46
11.10.1979	NJW 1980, 1049	36
16.02.1981	Z 80, 69	= JuS 1981, 923.	86
29.6.	Z 81, 82	= JZ 1981, 713 = JuS 1982, 143	31
28.10.	Z 82, 209	= NJW 1982, 883	28
19.4.1982	Z 83, 319	46
8.7.	Z 84, 371	= NJW 1982, 2193 = JuS 1983, 66	13
12.7.	Z 84, 383	= NJW 1982, 2500 = JZ 1982, 688	30
6.11.1986	Z 99, 76	= NJW 1987, 841 = JuS 1987, 494	8
14.12.1987	Z 103, 1	= NJW 1988, 1326	85
1.2.1988	Z 103, 184	= JZ 1988, 447 = JuS 1988, 908	49
30.3.	Z 104, 123	= JuS 1989, 409 = JuS 1991, 195	15
11.4.	Z 104, 151	6
4.5.	NJW 1988, 2109	= JuS 1988, 907	9
24.10.	Z 105, 324	= ZIP 1989, 29 = JuS 1989, 410	83
24.1.1990	Z 110, 130	14
25.3.1991	NJW 1991, 1680	71
1.7.	Z 115, 78	= NJW 1991 2566 = JZ 1992, 154	5
14.11.	NJW 1992, 498	19
20.9.1993	Z 123, 281	= NJW 1993, 3193 = JZ 1994, 1123	43
7.3.1994	Z 125, 239	46
6.6.	Z 126, 181	= NJW 1994, 2220	78
11.3.1995	Z 17, 13	= NJW 1955, 985.	37
20.3.	Z 129, 136	= NJW 1995, 1739.	50
29.3.1996	Z 132, 263	30
27.1.1997	Z 134, 333	= NJW 1997, 1507.	66
24.2.	Z 134, 392	= NJW 1997, 1923 = JZ 1997, 733	60
17.3.	Z 135, 107	= NJW 1997, 1855	82
21.4.	Z 135, 244	= NJW 1997, 1926 = JZ 1997, 1071.	51
23.6.	Z 136, 133	46
27.9.1999	Z 142, 315	= JuS 2000, 188 = NZG 2000, 30.	17
24.2.2000	NJW-RR 2001, 114	18
3.7.	NJW 2000, 2983	71
18.12.	Z 146, 179	= NJW 2001, 1425 = EWiR 2001, 331	89
29.1.2001	Z 146, 341	= NJW 2001, 1056 = JuS 2001, 509	18
4.11.2002	Z 152, 290	= NJW 2003, 429 = NZG 2003, 79.	67
25.11.	Z 153, 4	= JuS 2003, 501.	57
29.01.2003	Z153, 353	= NJW 2003, 1607 = NZG 2003, 531	99
7.4.	Z 154, 370	= NJW 2003, 1803 = JuS 2003, 815	23

Entscheidungsverzeichnis

BGH

8.10.	NZG 2003, 1172	92
25.3.2004	Z 158, 322	= NJW 2004, 2445 = JuS 2004, 1108.	16
26.4.	Z 159, 30	= NJW 2004, 1860 = ZIP 2004, 993	54
19.7.	Z 160, 134	= NJW 2004, 2664 = NZG 2004, 816	65
21.3.2005	NZG 2005, 472	42
19.9.	Z 164, 98	= DZWIR 2006, 63 = JuS 2006, 178	26
19.9.	Z 164, 107	26
28.9.	Z 165, 1	= NJW 2006, 1268 = JuS 2006, 754	20
14.11.	Z 165, 85	= NJW 2006, 1344.	80
28.11.	NJW 1006, 101	= NZG 2006, 261 = JuS 2006, 657	6
21.12.	Z 50, 331	= NJW 2006, 522 = JZ 2006, 560	55
8.5.2006	Z 167, 299	= NJW 2006, 3146 = JuS 2006, 938	87
26.4.2007	Z 172, 165	= NJW 2008, 301	91
16.7.	NZG 2007, 751	27
16.7.	Z 173, 246	= NJW 2007, 2689 = DStR 2007, 1586.	81
25.01.2008	Z 175, 123	= EWiR 2008, 223 = DNotZ 2008, 468	92
5.5.	NZG 2008, 460	41
24.9.	NJW-RR 2009, 820	= JuS 2009, 185.	7
27.10.	Z 178, 192	= NJW 2009, 289	100
13.11.	Z 178, 315	= NJW 2009, 438 = JuS 2009, 375	12
1.12.	Z 179, 71	= NJW 2009, 850 = JuS 2009, 477	84
19.10.2009	Z 183, 1	= NZG 2009, 1347 = JuS 2010, 162.	24
1.6.2010	NJW 2011, 66	41
27.1.2011	Z 188, 128	= NJW 2011, 1965	11
18.7.	NJW 2011, 3036	= NZG 2011, 1063 = EWiR 2011, 705	3
20.9.	NZG 2011, 1271	= EWiR 2011, 793	52
17.11.	NZG 2012, 65	= NJW-RR 2012, 239 = JuS 2012, 357	39
6.3.2012	Z 192, 341	= NJW 2012, 1875 = NZG 2012, 539.	68
24.7.	Z 194, 180	= JuS 2013, 355.	40
31.7.	NJW 2012, 3368	= EWiR 2013, 71 = JuS 2013, 553	38
4.12.	NZG 2013, 216	= JA 2013, 548 = JuS 2013, 462	35
19.02.2013	Z 196, 195	= NJW 2013, 1535	62
12.3.	Z 196, 312	= JuS 2013, 738.	47
9.4.	NJW 2013, 2425	71
18.6.	Z 197, 304	= NZG 2013, 1021 = JuS 2013, 1040	77
20.6.	NZG 2013, 1095	= JuS 2013, 1136	22
8.10.	NZG 2013, 1334	= JuS 2014, 270.	32
8.10.	NJW 2014, 146	= JZ 2014, 145 = JuS 2014, 174	57
19.11.	Z 199, 104	= NZG 2013, 1422	41
10.12.	NZG 2014, 264	68
17.12.	Z 199, 270	= NJW 2014, 2026 = EWiR 2014, 171	74
30.6.2015	Z 206, 143	= NZG 2015, 1227 = EWiR 2015, 661	64
13.8.	Z 206, 332	= NJW 2015, 3373 = EWiR 2015, 693	88
27.10.	Z 207, 190	= NJW 2016, 1236 = EWiR 2016, 199	56
3.11.	NZG 2016, 221	18
8.12.	NZG 2016, 422	42

Entscheidungsverzeichnis

BGH

19.01.2016	ZIP 2016, 615	= EWiR 2016, 427	69
12.4.	NJW 2016, 2739	= EWiR 2016, 395	75
10.5.	Z 210, 186	= NZG 2016, 742.	76
14.6.	Z 210, 363	= EWiR 2017, 5 = JuS 2017, 469	33
22.9.	Z 212, 90	= NJW 2017, 71 = NZG 2018, 182	90
27.9.	NZG 2016, 1417	70
12.10.	NJW 2017, 578	55
15.11.	NZG 2017, 261	= EWiR 2017, 179	61
6.12.	NZG 2017, 339	42
10.1.2017	Z 213, 224	= BB 2017, 1102 = EWiR 2017, 229.	47
4.4.	NZG 2017, 700	= EWiR 2017, 391	71
6.4.	NZG 2017, 657	= SchiedsVZ 2017, 194	36
4.7.	NZG 2017, 1034	79
25.7.	NJW 2017, 3232	= JuS 2018, 294.	29
19.10.	Z 216, 234	= NJW 2018, 1873 = WuB 2018, 107.	40
6.12.	Z 217, 72	= NJW 2018, 1957 = EWiR 2018, 337	14
19.12.	NZG 2018, 220	= JZ 2018, 363 = JuS 2018, 1105	34
6.2.2018	NZG 2018, 577	43
27.2.	Z 317, 374	= NJW 2018, 2197 = JuS 2018, 1243	10
10.7.	Z 219, 215	= NJW 2018, 2796	48
10.7.	Z 219, 193	= NZG 2018, 1189 = EWiR 2018, 645	63
18.9.	Z 219, 327	= NZG 2018, 1344 = WuB 2019, 81	70
6.11.	NZG 2019, 187	81
20.11.	Z 220, 207	= NZG 2019, 269 = EWiR 2019, 133	73
30.11.	NJW 2019, 157	24
22.1.2019	NZG 2019, 702	= JuS 2019, 817.	34
6.11.	Z 220, 162	= NZG 2019, 225 = NJW 2019, 1067.	72
22.9.2020	NZG 2020, 1343	77
10.11.	ZIP 2020, 2513	73
18.11.	Z 227, 279	79
16.2.2021	NZG 2021, 702	99

BFH

26.4.1984	E 141, 443	72
-----------	------------	-----------	----

BAG

16.8.1995	NJW 1996, 1691	82
-----------	----------------	-----------	----

Gesetzesverzeichnis

Fette Zahlen bezeichnen die Paragraphen, die folgenden Zahlen die Nummern der Entscheidungen.

AEUV		120:	55
Art. 267:	41, 94	122:	64
18:	53	135	50
45:	53	147	51
49:	96, 97	148:	51
54:	96, 97	174:	47
AktG		186:	46, 48
§ 3:	59	202:	46
15:	86	241:	56
17:	86	243:	49
18:	82	246:	48, 56
18:	84	253:	47
53a:	48	255:	46
57:	47, 84	255:	46
62:	47	256:	48
71a:	47	279:	60
71:	52	291:	83, 87
76:	63	292:	87
77:	63	293:	85
78:	8, 63	304:	87
84:	61, 62	305:	87
87:	55, 56	311:	84
87a:	55	327a:	49
93:	52, 55, 63	BGB	
96:	62	§ 13:	18
101:	62	14:	18
101:	63	21:	18
111:	63	22:	18
112:	51	31:	38
113:	55	54:	18
116:	51	105:	5
118:	64	133:	43
119:	54	134:	26, 47

Gesetzesverzeichnis

<p>136: 26</p> <p>139: 1</p> <p>140: 45</p> <p>157: 43</p> <p>165: 5</p> <p>180: 50</p> <p>181: 4, 5</p> <p>204: 11</p> <p>226: 48</p> <p>242: 22, 38</p> <p>250: 35</p> <p>257: 40</p> <p>310: 26</p> <p>313: 43, 56</p> <p>394: 13</p> <p>398: 87</p> <p>399: 13, 40, 90</p> <p>400: 13</p> <p>406: 12</p> <p>433: 7</p> <p>521: 19</p> <p>599: 19</p> <p>622: 26</p> <p>690: 19</p> <p>705: 17</p> <p>710: 19</p> <p>718: 18, 38</p> <p>719: 18</p> <p>727: 45</p> <p>733: 17</p> <p>735: 17</p> <p>738: 23</p> <p>762: 19</p> <p>812: 13</p> <p>813: 69</p> <p>823: 10, 65, 78</p> <p>826: 66, 81</p> <p>899a: 18</p> <p>1414: 20</p> <p>1822: 28</p> <p>1953: 44</p> <p>BörsenG</p> <p>§ 2: 59</p> <p>BRAO</p> <p>§ 2: 3</p> <p>59c: 39</p>	<p>DrittelBetG</p> <p>§ 1: 53</p> <p>EStG</p> <p>§ 18: 3</p> <p>EuInsVO</p> <p>§ 3: 79, 97</p> <p>7: 79, 97</p> <p>EWIV-VO</p> <p>Art. 13 f.: 95</p> <p>eWpG</p> <p>§ 2: 87</p> <p>3: 87</p> <p>6: 87</p> <p>10: 87</p> <p>FamFG</p> <p>§ 20: 82, 83</p> <p>58: 59</p> <p>71: 59</p> <p>GBO</p> <p>§ 28: 92</p> <p>GenG</p> <p>§ 25 8</p> <p>GG</p> <p>Art. 3: 3</p> <p>9: 53</p> <p>12: 33</p> <p>14: 57, 97</p> <p>95: 72</p> <p>GmbHG</p> <p>§ 2: 74</p> <p>5: 76</p> <p>5a: 96</p> <p>6: 5</p> <p>8: 68</p> <p>11: 66</p> <p>13: 66, 80, 81</p> <p>15: 44, 74</p> <p>16: 73</p>
---	---

Gesetzesverzeichnis

<p>19: 69, 70</p> <p>21: 70</p> <p>24: 70</p> <p>27: 70</p> <p>30: 85</p> <p>34: 70</p> <p>39: 5</p> <p>43: 34</p> <p>43: 77</p> <p>46: 71</p> <p>57: 85</p> <p>60: 80</p> <p>64: 72, 98</p> <p>GWG</p> <p>§ 19: 42</p> <p>20: 42</p> <p>HGB</p> <p>1 ff.: 1, 3</p> <p>15: 4, 5, 28</p> <p>19: 60</p> <p>22: 10</p> <p>25: 6</p> <p>28: 39</p> <p>31: 4</p> <p>48: 8</p> <p>50: 8</p> <p>53: 44</p> <p>54: 8</p> <p>56: 9</p> <p>89b: 88</p> <p>106: 4, 5</p> <p>110: 29</p> <p>114: 21</p> <p>119: 24</p> <p>125: 8</p> <p>127: 21</p> <p>128: 18, 22, 23</p> <p>129: 18, 23</p> <p>130: 23, 39, 44</p> <p>131: 44</p> <p>139: 44</p> <p>140: 21</p> <p>142: 21</p> <p>160: 44</p> <p>161: 1, 27</p>	<p>162: 1</p> <p>163: 21</p> <p>164: 21</p> <p>164: 27</p> <p>166: 33</p> <p>170: 21</p> <p>176: 1, 27, 28, 29, 30</p> <p>177: 44</p> <p>285: 55</p> <p>343: 10</p> <p>346: 14</p> <p>353: 10</p> <p>354a: 12</p> <p>355: 13</p> <p>357: 13</p> <p>362: 11</p> <p>377: 14</p> <p>383: 15</p> <p>384: 15</p> <p>392: 15</p> <p>407 ff.: 16</p> <p>421: 16</p> <p>428: 16</p> <p>435: 16</p> <p>453 ff.: 16</p> <p>InsO</p> <p>§ 11: 18</p> <p>15 ff.: 78</p> <p>15a: 78</p> <p>15b: 78, 79, 97</p> <p>38: 38</p> <p>93: 80</p> <p>178: 80</p> <p>IPRG-Schweiz</p> <p>§ 154 100</p> <p>KStG</p> <p>§ 14: 83</p> <p>MitbestG</p> <p>§ 1: 53</p> <p>MontanMitbestG</p> <p>§ 1: 53</p>
--	--

Gesetzesverzeichnis

<p>MMVO</p> <p>Art. 7: 65</p> <p>17: 65</p> <p>PartGG</p> <p>§ 1: 1, 3</p> <p>7 39</p> <p>8 17, 23</p> <p>Rom I-VO</p> <p>Art. 10: 16</p> <p>RsprEinhG</p> <p>§ 2: 72</p> <p>SCE-VO</p> <p>Art. 7: 95</p> <p>SE-VO</p> <p>Art. 8: 95</p> <p>SpruchG</p> <p>§ 1: 59</p> <p>2: 59</p> <p>11: 59</p> <p>12: 59</p> <p>StGB</p> <p>§ 266: 55</p> <p>UmwG</p> <p>§ 1: 7, 67, 95</p> <p>2: 91</p> <p>6: 74</p> <p>14: 89</p> <p>16: 89</p> <p>20: 90</p> <p>25: 89</p> <p>122a ff.: 94, 95</p> <p>122m: 99</p> <p>123: 88</p>	<p>126: 91, 92</p> <p>131: 88, 92</p> <p>133: 88</p> <p>191: 67</p> <p>195: 89</p> <p>197: 96</p> <p>198: 89</p> <p>202: 91</p> <p>207: 89</p> <p>210: 89</p> <p>212: 89</p> <p>305 ff.: 89</p> <p>WpHG</p> <p>§ 26: 65</p> <p>63 ff.: 65</p> <p>97: 65</p> <p>98: 65</p> <p>ZPO</p> <p>§ 50: 18</p> <p>59 ff.: 39</p> <p>64 f.: 18, 39</p> <p>66 ff.: 39</p> <p>72 ff.: 39</p> <p>189: 11</p> <p>233:</p> <p>246: 18</p> <p>330: 6</p> <p>331: 6</p> <p>543: 90</p> <p>544: 90</p> <p>550: 6</p> <p>561: 1</p> <p>727: 18</p> <p>736: 18</p> <p>829: 34</p> <p>835: 34</p> <p>1027: 1</p> <p>1030: 36</p>
--	--

Stichwortverzeichnis

Die Zahlen bezeichnen die Nummern der abgedruckten Entscheidungen

- Abtretung des Kommanditanteils 31
- Abtretungsverbot 12
- actio pro socio 34
- Ad-hoc Publizität 65
- Agenturverhältnis 88
- Aktiengesellschaft 52, 55, 62, 82
- Akzessorietätslehre 18, 23
 - Kapitalaufbringung und -erhaltung 47
 - Konzernhaftung 84
 - Minderheitausschluss 57
 - Sacheinlage 52
- Aktionär
 - Abfindung 58, 59
 - Anfechtungsklage 48
 - Gleichbehandlung 48
 - Stimmrecht 50
- Alleingesellschafter 1
- Anlagegesellschafter 1
- Ansprüche gegen Vorstand 51
- Äquivalenz- und Effektivitätsgrundsatz 96
- Aufsichtsrat
 - Aufgabe und Funktion 51
 - Bestellung 62
 - GmbH-Aufsichtsrat 78
 - Sorgfaltsmaßstab 52
 - Vergütung 55
- Aufspaltung 91
- Ausfallhaftung 70
 - nach Einziehung 76
- Ausgliederung 91

- Beherrschung und Gewinnabführung 84
- Bezugsrechtsausschluss 46, 48
- Börse 59
- Buchwertklausel 43

- D&O Versicherung 47, 79
- Delisting 59
- Doppelverpflichtungslehre 18, 23
- Downlisting 59
- Drittgeschäfte 32
- Durchgriffshaftung 80

- Einlagenrückgewähr 47
- Eintrittsklausel 45
- Einziehung 76
- Erfüllungstheorie 22
- Existenzvernichtungshaftung 81, 98

- Fehlerhafte Gesellschaft 41, 42
- Firma
 - Begriff 6
 - Firmeneinheit 6
 - Firmenfortführung 6, 7
 - Firmenwahrheit 6
- Formwechsel 90, 91
 - im Binnenmarkt 96
- Fortsetzungsklausel 45
- Frachtvertrag 16
- freier Beruf 3
- Freundschaftsvertrag 99

- GbR
 - Abgrenzung zu Gefälligkeits 19
 - Ehegatteninnengesellschaft 20
 - Haftung der Gesellschafter 22
 - Haftung für Altverbindlichkeiten 23
 - mit beschränkter Haftung 17
 - Rechtsfähigkeit 18
- genehmigtes Kapital 46
- Geschäftschancenlehre 35

Stichwortverzeichnis

- Geschäftsführer 5
 - Abberufung 73
 - Haftung in GmbH & Co. KG
 - Zuständigkeit 72
- Geschäftsunfähigkeit 5
- Gesellschaftsvertrag 32
- Gesellschafterliste
 - Einreichung 74
 - Legitimationswirkung 73
- Gesellschafter-Geschäftsführer 71
- Gesellschaftsstatut 98
- Gewerbebetrieb 2
- Gewinnentnahme 30
- Gewinnerzielungsabsicht 2
- GmbH
 - echte Vor-GmbH 66
 - Gründung 66
 - Haftung 66, 67
 - Kapitalschutzsystem 47, 78, 81
 - unechte Vor-GmbH 67
 - wirtschaftliche Neugründung 68
- GmbH & Co. KG 3, 77
- GmbH & Co. KGaA 60
- GmbH-Konzern 83
- Grundbuch 92
- Grundstück 92
- Gründungstheorie 99, 100

- Handelsbrauch 11
- Handelsgeschäft 10
- Handelsgewerbe 3
- Handelsregister
 - negative und positive Publizität 4
 - Rosintheorie 4
- Handlungsvollmacht 8
- Hauptversammlung
 - Absage 64
 - Einberufung 64
 - Online-Hauptversammlung 64
 - Zuständigkeiten 54, 59
- Hinauskündigungsklausel 26

- Insolvenzantragspflicht 78
- Insolvenzstatut 98
- Insolvenzverschleppung 78
- Insolvenzverwalter 80, 84

- Kaduzierung 70

- Kapitalerhöhung 46
- Kapitalmarkt 87
- Kaufmann 1
- Kommanditist
 - Auskunftsanspruch 33
 - Eintragung im Handelsregister 1
 - Freistellungsanspruch 40
 - Haftung 27, 28, 29
 - Kaufmannseigenschaft 1
 - Treuhandkommanditist 40
- Kommanditgesellschaft
 - Rechtsnachfolge 44
 - Vertretung 21
- Kommissionsgeschäft 15
- Komplementär
 - Entzug der Vertretungsbefugnis 21
- Kontokorrent 13
- Konzern 82
 - faktischer 83
 - Gruppeninteresse 85
 - Konzerninteresse 85
 - qualifiziert faktischer 84

- Ladenangestellte 9

- Managermodell 26
- materielle Beschlusskontrolle 46
- Mehrheitsklauseln 25
- Mehrmütterschaft 86
- Mischumwandlung 91
- Mitbestimmung 53, 62

- Nachfolgeklauseln 44, 45
- Niederlassungsfreiheit 93, 94, 95, 96, 97
- Novemberrechtsprechung 84

- Prokura
 - Duldungsprokura 8
 - Eintragung 4
 - Gesamtprokura 8
 - Widerruf 4

- rechtmäßiges Alternativverhalten 63, 77
- Rechtsanwaltsgesellschaft 3
- Rechtsnachfolgevermerk 31
- Rechtsscheinhaftung
 - Scheingesellschaft 38, 39
 - Scheingesellschafter 37

Stichwortverzeichnis

- Revision 90
- Rosinentheorie (s. Handelsregister)
- Rüge- und Untersuchungsobliegenheit 14

- Sanieren oder Ausscheiden 24
- Satzungssitzverlegung 97
- Schiedsvereinbarungen 36
- Selbstorganschaft 21, 77
- Sitztheorie 93, 100
- Spaltung 88, 91, 92
- Spediteur 17
- Sperrminorität 50
- Spezialitätsprinzip 92
- Spruchverfahren 87, 89
- Squeeze-out 49
- Stille Gesellschaft 42
- Stillhalteabkommen 84
- Subsidiaritätsgrundsatz 32

- Trennungsprinzip 80
- Treuepflicht
 - bei Stimmabgabe 75
 - des Mehrheitsaktionärs 49
 - des Minderheitsaktionärs 50
 - Rechtsfolgen 24
 - Reichweite 24
- Typenzwang 17, 60

- UG (haftungsbeschränkt) 60, 96
- Umwandlung 88, 89
 - Abfindung 89
 - Klageausschluss 89
 - teilweise Gesamtnachfolge 88, 91, 92

- Unternehmen
 - Begriff 7
 - Kauf 7
- Unternehmensvertrag 83
 - fehlerhafter 85
- Unterbilanzhaftung 68

- Verbot des Selbstkontrahierens 4, 5
- Verdeckte Sacheinlage 69
- Vermögensübertragung 90
- Vermögensvermischung 80
- Versäumnisurteil
- Verschmelzung 90
- Verschmelzungsfreiheit 94, 95
- Vor-GmbH
 - echte 66
 - unechte 67
- Vorstand
 - Bezüge 56
 - Kompetenzverstoß 63
 - Schadensersatzpflicht 51
 - Vergütung 55
 - Vertrauensentzug 61

- Wegzugsfreiheit 95
- Weiterfresserschaden 10
- Wertpapier 87
- Wiederholungsgefahr 91

- Zahlungsverbot 79
- Zugewinnausgleich 20
- Zurechnungsdurchgriff 50
- Zweigniederlassung 93

Verzeichnis wichtiger, abgekürzt zitiertes Literatur

- Assmann/Schütze*, Handbuch des Kapitalanlagerechts, 5. Aufl. 2020
Bayer/Lieder, Examens-Repetitorium Handels- und Gesellschaftsrecht, 2. Aufl. 2021
Beck'scher Online Kommentar BGB, Hau/Poseck (Hrsg.), 61. Edition, Stand: 01.02.2022
Beck'scher Online Kommentar Grundgesetz, Epping/Hillgruber (Hrsg.), 50. Edition, Stand: 15.02.2022
Beck-online Großkommentar AktG, Spindler/Stilz (Hrsg.), Stand: 15.03.2022
Beck-online Großkommentar BGB, Gsell/Krüger/Lorenz/Reymann (Hrsg.), Stand: 01.04.2022
Blaurock, Handbuch Stille Gesellschaft, 9. Aufl. 2020
Bork, Einführung in das Insolvenzrecht, 10. Aufl. 2020
Buck-Heeb, Kapitalmarktrecht, 12. Aufl. 2022
Callies/Ruffert, EUV/AEUV, Kommentar, 6. Aufl. 2021
Canaris, Handelsrecht, 24. Aufl. 2006
Dethloff, Familienrecht, 33. Aufl. 2022
Dürig/Herzog/Scholz, Grundgesetz, Kommentar, 95. Lfg. Juli 2021
Drygala/Staake/Szalai, Kapitalgesellschaftsrecht, 2012
Ebenroth/Boujong/Joost/Strohn, Handelsgesetzbuch, 4. Aufl. 2020
Einsele, Bank- und Kapitalmarktrecht, 4. Aufl. 2018
Emmerich/Habersack, Konzernrecht, 11. Aufl. 2020
Epping, Grundrechte, 9. Aufl. 2021
Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht, Müller-Glöge/Preis/Schmidt (Hrsg.), 21. Aufl. 2021
Faust, Bürgerliches Gesetzbuch, Allgemeiner Teil, 7. Aufl. 2020
Fezer, Markenrecht, 4. Aufl. 2009
Fischinger, Handelsrecht, 2. Aufl. 2019
Flume, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts, Erster Teil: Die Personengesellschaft, 1977
Grigoleit, Aktiengesetz, 2. Aufl. 2020
Großkommentar zum Aktiengesetz, Hirte/Mülbert/Roth (Hrsg.), Band 6, 5. Aufl. 2018
Grunewald, Gesellschaftsrecht, 11. Aufl. 2020
Haltern, Europarecht, Band II, 3. Aufl. 2017
Hannigan, Company Law, 5. Aufl. 2018
Henssler/Strohn, Gesellschaftsrecht, 5. Aufl. 2021
Herdegen, Internationales Wirtschaftsrecht, 12. Aufl. 2020
Hopt, HGB, 41. Aufl. 2022
Jung, Handelsrecht, 12. Aufl. 2019
Junker, Grundkurs Arbeitsrecht, 20. Aufl. 2021
Kallmeyer, Umwandlungsgesetz, 7. Aufl. 2020
Kindl, Gesellschaftsrecht, 2. Aufl. 2019
Kindler, Grundkurs Handels- und Gesellschaftsrecht, 9. Aufl. 2019
Kindler/Lieder, European Corporate Law, 2021

Verzeichnis wichtiger, abgekürzt zitierter Literatur

- Klöhn*, Marktmissbrauchsverordnung, 2018
Koch, AktG, 16. Aufl. 2022
Koller/Kindler/Roth/Drüen, Handelsgesetzbuch, 9. Aufl. 2019
Kölner Kommentar zum Umwandlungsgesetz, Dauner-Lieb/Simon (Hrsg.), 2009
Kramer, Juristische Methodenlehre, 6. Aufl. 2019
Kropholler, Internationales Privatrecht, 6. Aufl. 2006
Kuhlmann/Ahnis, Konzern- und Umwandlungsrecht, 4. Aufl. 2016
Larenz/Canaris, Methodenlehre der Rechtswissenschaft, 3. Aufl. 1995
Lutter, Umwandlungsgesetz, 6. Aufl. 2019
Lutter/Bayer/J. Schmidt, Europäisches Unternehmens- und Kapitalmarktrecht, 6. Aufl. 2017
Lutter/Hommelhoff, GmbH-Gesetz, Kommentar, 20. Aufl. 2020
Mankowski/Müller/J. Schmidt, Europäische Insolvenzordnung 2015, 2016
Manssen, Staatsrecht II, 18. Aufl. 2021
Medicus/Lorenz, Schuldrecht I, Allgemeiner Teil, 22. Aufl. 2021
Medicus/Petersen, Bürgerliches Recht, 28. Aufl. 2021
Messerschmidt/Voit, Privates Baurecht, Kommentar, 3. Aufl. 2018
Michalski/Heidinger/Leible/J. Schmidt, Kommentar zum GmbHG, 3. Aufl. 2017
Möllers, Juristische Methodenlehre, 4. Aufl. 2021
Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts, Band 1, 5. Aufl. 2019; Band 2, 5. Aufl. 2019; Band 3, 5. Aufl. 2018; Band 4, 5. Aufl. 2020; Band 5, 5. Aufl. 2021; Band 6, 5. Aufl. 2022; Band 7, 6. Aufl. 2020; Band 8, 5. Aufl. 2018; Band 9, 6. Aufl. 2021
Münchener Kommentar zum Aktiengesetz, Goette/Habersack (Hrsg.), 5. Aufl. 2019
Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Säcker/Rixecker/Oetker/Limberg (Hrsg.), 8. Aufl. 2018 ff.; 9. Aufl. 2021 f.
Münchener Kommentar zum GmbH-Gesetz, Fleischer/Goette (Hrsg.), 3. Aufl. 2018; 4. Aufl. 2022
Münchener Kommentar zum Handelsgesetzbuch, K. Schmidt (Hrsg.), 4. Aufl. 2016 ff.; 5. Aufl. 2021
Münchener Kommentar zur Insolvenzordnung, Stürner/Eidenmüller/Schoppmeyer (Hrsg.), Band 1, 4. Aufl. 2019; Band 2, 4. Aufl. 2019; Band 3, 4. Aufl. 2020; Band 3, 4. Aufl. 2021
Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung, Krüger/Rauscher (Hrsg.), 6. Aufl. 2020
Noack/Servatius/Haas, GmbHG, 23. Aufl. 2022
Oetker, Handelsrecht, 8. Aufl. 2021
Oetker, Kommentar zum Handelsgesetzbuch, 7. Aufl. 2021
Petersen, Examens-Repetitorium Allgemeines Schuldrecht, 10. Aufl. 2021
Poelzig, Kapitalmarktrecht, 2. Aufl. 2021
Pohlmann, Zivilprozessrecht, 5. Aufl. 2022
Reimer, Juristische Methodenlehre, 2. Aufl. 2020
Röhricht/von Westphalen/Haas, HGB-Kommentar, 5. Aufl. 2019
Rosenberg/Schwab/Gottwald, Zivilprozessrecht, 18. Aufl. 2018
Saenger, Gesellschaftsrecht, 5. Aufl. 2020
Saenger, Zivilprozessordnung, 9. Aufl. 2021
Schack, BGB – Allgemeiner Teil, 16. Aufl. 2019
Schack, Internationales Zivilprozessrecht, 8. Aufl. 2021
Schack/Ackmann, Das Bürgerliche Recht in 100 Leitentscheidungen, 2011
Schäfer, Gesellschaftsrecht, 5. Aufl. 2018
Schmidt, K., Gesellschaftsrecht – Unternehmensrecht II, 4. Aufl. 2002
Schmidt, K., Handelsrecht – Unternehmensrecht I, 6. Aufl. 2014
Schmidt, K., Insolvenzordnung, 19. Aufl. 2016
Schütze/Thümmel, Schiedsgericht und Schiedsverfahren, 7. Aufl. 2021

Verzeichnis wichtiger, abgekürzt zitierter Literatur

- Schwark/Zimmer*, Kapitalmarktrechts-Kommentar, 5. Aufl. 2020
Semler/Stengel/Leonard, Umwandlungsgesetz, 5. Aufl. 2021
Timmerbeil/Reinhard, Grundriss des Konzern- und Umwandlungsrechts, 2012
Wandt, Gesetzliche Schuldverhältnisse, 10. Aufl. 2020
Wellenhofer, Familienrecht, 5. Aufl. 2019
Widmann/Mayer, Umwandlungsrecht, 192. Lfg. 2021
Windbichler, Gesellschaftsrecht, 24. Aufl. 2017